

Unsere Ziele

Wir wollen mit einem erfolgreichen Volksbegehren den Grundstein für gute Schulen in Niedersachsen legen. Mit dem [Gesetzentwurf](#) wollen wir Schulen wieder zu Lernorten machen, an denen sich unsere Kinder wohl fühlen und entfalten können, in denen sie Zeit haben, Spaß am (lebenslangen!) Lernen zu entdecken.

Das möchten wir erreichen:

- **Gymnasien und Gesamtschulen sollen wieder zur Regelschulzeit von 13 Jahren bis zum Abitur zurückkehren,**

denn:

- o Allen Schülerinnen und Schüler auf Gymnasien und Gesamtschulen sollen auf dem Weg zum Abitur mehr Zeit bekommen. Zeit zum Lernen, aber auch, um ihre Neigungen zu entdecken und soziales Engagement in Vereinen oder anderen gesellschaftlichen Gruppen zu entwickeln. Es geht schließlich nicht nur um eine fachliche Qualifikation, sondern auch um die Entwicklung persönlicher Stärken und Fähigkeiten. Unsere Gesellschaft und auch unsere Wirtschaft brauchen verantwortungsbewusste junge Menschen mit sozialer Kompetenz, die einmal mit Weitblick Entscheidungen für sich und Andere treffen können.
- o An den Gesamtschulen kann so das gemeinsame Lernen und Arbeiten von Schülerinnen und Schülern aller Leistungsstufen gewährleistet werden. Die Schülerinnen und Schüler werden nicht vorzeitig auf einen Schulabschluss festgelegt
- o Je durchlässiger ein Schulsystem ist, desto besser gelingt es, die Zahl der Wiederholer, Schulverweigerer und Schulabbrecher zu verringern und höherwertige Abschlüsse zu ermöglichen.

Schülerinnen und Schüler sollen aber auch einzeln oder in Lerngruppen weiterhin die Möglichkeit haben, das Abitur ein Jahr schneller erreichen zu können. Die Entscheidung darüber soll auf einem unbürokratischen Weg auf Schulebene von Eltern, Lehrkräften und Schulleitung getroffen werden.

- **Neue Gesamtschulen dürfen schon mit vier, in Ausnahmefällen auch mit drei Klassen pro Jahrgang gegründet werden,**

denn:

- o Niedersachsen braucht mehr Gesamtschulen. Das beweisen die Elternbefragungen in vielen Gemeinden und Landkreisen.
- o Der Rückgang der Schülerzahlen und das veränderte Verhalten der Eltern bei der Wahl der weiterführenden Schule für ihr Kind erfordern eine Neuordnung der Schullandschaften in den Gemeinden und Landkreisen.
- o Durch die Heraufsetzung der Mindestgröße für Integrierte Gesamtschulen von vier auf fünf Züge (Anzahl der parallelen Klassen pro Schuljahrgang) seit

2008 werden viele kommunale Schulträger daran gehindert, ein vollständiges wohnortnahes Schulangebot vorzuhalten.

- o Die bestehenden vierzügigen Gesamtschulen leisten gute Arbeit. Viele sind mit Schulpreisen ausgezeichnet worden.
- o Kleinere Gesamtschulen ermöglichen es den Gemeinden, vorhandene Schulgebäude zu nutzen und damit Kosten zu sparen.

- **Volle Halbtagschulen müssen erhalten bleiben,**

denn:

- o Die Vollen Halbtagschulen (Grundschulen und Förderschulen) haben eine bessere Lehrerausstattung als die übrigen Schulen.
- o Diese Ausstattung muss erhalten bleiben, damit sich die Vollen Halbtagschulen als „Pilotschulen“ für eine künftige Gestaltung aller Grund- und Förderschulen weiter entwickeln können.
- o Der Fortbestand der Vollen Halbtagschulen ist von der CDU versprochen worden. Wahlversprechen müssen eingehalten werden.
- o Die Abschaffung der Vollen Halbtagschulen am Ende dieses Schuljahres dient nur dem Zweck, Lehrerstunden zur Stabilisierung der Unterrichtsversorgung an anderen Schulen zu gewinnen. Richtig ist: Gute Schulen müssen erhalten bleiben, andere Schulen müssen besser ausgestattet werden.

Alle Kinder und Jugendliche unseres Landes haben das Recht auf eine bestmögliche schulische Ausbildung, denn sie ist das Fundament einer stabilen und zukunftsfähigen Gesellschaft.